

C·A·P

Centrum für angewandte Politikforschung

Bildung für Europa in Schule und Ausbildung

**Desktop Recherche
erstellt im Auftrag der Stiftung Mercator**

Eva Feldmann-Wojtachnia
Centrum für angewandte Politikforschung CAP
Ludwig-Maximilians-Universität München
Maria-Theresia-Str. 21
81925 München
www.cap-lmu.de
ISBN 3-933456-53-3
München 2020

Bildung für Europa mit neuem europapolitischer Rückenwind

Im zweiten Halbjahr 2020 übernimmt Deutschland turnusmäßig die EU-Ratspräsidentschaft, sowie im Dezember 2020 den Vorsitz im Ministerkomitee im Europarat. Dieses Ereignis und bereits die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019, die oft als Schicksalswahl bezeichnet wurde, bringen einen neuen Schwung in die Bildungslandschaft mit dem Fokus auf Europa. Die rheinland-pfälzische Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz unterstützt dies aktiv mit dem Jahresmotto 'Europa - (er)leben und gestalten', um "Schülerinnen und Schüler wieder stärker für Europa, seine Werte und das demokratische Miteinander (zu) begeistern und ihnen die große Bedeutung für uns alle nahe(zu)bringen. Sie sollen Europa erleben und gestalten und so ihren ganz eigenen Zugang zur europäischen Idee finden können."¹ Allerdings ist Europa kein neues Thema und auch die Europabildung, wie auch speziell die Bildung für Europa in Schule und Ausbildung, sind keine neue Erscheinung. Bereits seit Anfang der 2000er Jahre hat sich besonders nach dem gescheiterten Versuch einer europäischen Verfassung (2005) eine ständig wachsende und an Kompetenz zunehmende Community an zahlreichen Europaakteuren im Bildungsbereich gebildet, um das Europabewusstsein besonders der jungen Generation zu stärken. Anliegen der vorliegenden Desktop Recherche ist es, einige strategisch relevante Eckpunkte zu skizzieren, die es ermöglichen, konkrete Ansatzpunkte für die Bildung für Europa in Schule und Ausbildung abzuleiten. Dabei wird bewusst darauf verzichtet, die jahrzehntelange Diskussion um die Begrifflichkeiten und damit verbundenen Schwerpunktsetzungen der Konzepte der europapolitischen Bildungsarbeit, des europäischen Bürgerschaftlichen Engagements oder etwa dem Ansatz der active citizenship education wiederzugeben oder sich auf einen Ansatz festzulegen. Im Sinne eines möglichst weitgefassten Sammelbegriffs wird von "Bildung für Europa" gesprochen, um die relevanten Anknüpfungspunkte der Bildungslandschaft für den Kontext Schule zu erfassen.²

Ziele der europäischen Jugend- und Bildungspolitik

- Junge Menschen als solidarische, aktive und tolerante Bürger*innen
- Partizipations- und Beschäftigungsfähigkeit in der EU stärken
- Orientierung auf die Europäischen Werte und die Europäische Dimension des Lernens
- Kompetenzförderung für Demokratie und Menschenrechte

Die **Europäische Kommission** hat bereits 2001 das Weißbuch *Neuer Schwung für die Jugend Europas*³ veröffentlicht. Ausgehend von einer allgemeinen Bestandsaufnahme der Situation Jugendlicher in Europa erachtet es die EU-Kommission als geboten, dass sich junge Menschen in Europa als solidarische, aktive und tolerante Bürger in pluralistischen

¹ siehe Erklärung vom 6.12.2019 von Dr. Stefanie Hubig zur KMK-Präsidentschaft 2020; <https://www.kmk.org/aktuelles/artikelansicht/europa-erleben-und-gestalten-rheinland-pfalz-uebernimmt-2020-kmk-praesidentschaft.html>

² siehe u.a. die Analyse von Jan Robert Lohmann (2017), der untersucht, unter welchen Bedingungen ein Lernen über Europa zu einem Lernen für Europa führen kann. Er erachtet dabei die schulische europapolitische Bildung als Basis und geht der Frage nach, wie diese intensiviert werden kann; https://www.netzwerk-ebd.de/wp-content/uploads/2017/05/EU-in-BRIEF-4_2017-Robert-Lohmann-Europapolitische-Bildung-stärken.pdf

³ <https://op.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/a3fb3071-785e-4e15-a2cd-51cb40a6c06b/language-de>

Gesellschaften behaupten können. Mit der Methode der offenen Koordinierung und einem klaren Partizipationsanspruch für junge Menschen hat die EU einen Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit geschaffen, der sich mittlerweile zur *Jugendstrategie der Europäischen Union*⁴ weiterentwickelt hat. Als drei handlungsleitende Grundsätze werden die "Beteiligung", "Begegnung" und die "Befähigung" junger Menschen in Europa definiert. Ein wesentlicher Baustein ist dabei der "EU-Jugenddialog". Als Umsetzungsinstrumente werden die beiden EU-Förderprogramme *Erasmus+*⁵ und das ab 2019 neu eingerichtete *Europäische Solidaritätskorps*⁶ beschrieben.

Allerdings sind die Zuständigkeiten der Europäischen Union begrenzt.⁷ Für die Jugendpolitik und die Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport hat die EU lediglich die Zuständigkeit für die Unterstützung, Koordinierung oder Ergänzung der Maßnahmen der Mitgliedsstaaten.⁸ Ziel der EU-Bildungspolitik ist in erster Linie eine qualitativ hochwertige stehende allgemeine und berufliche Bildung sowie die Förderung der Mobilität wie auch der Anspruch eines umfassenden Zugangs zur Bildung verbunden mit einem möglichst hohen Wissensstandard in der EU.

Mit der Richtlinie zur Anerkennung von Berufs- und Hochschulabschlüssen⁹ stehen der EU nur recht begrenzt legislative Instrumente zur Verfügung. Aufgrund der Sensibilität bezüglich der nationalen Kompetenzüberschreibungen bedienen sich die Mitgliedsstaaten auch in diesem Politikbereich verstärkt der Methode der offenen Koordinierung. Seit 2007 wurden die Bildungsprogramme der EU im *Aktionsprogramm für lebenslanges Lernen (2007-2013)*¹⁰ zusammengefasst. Seit 2014 werden alle Programme der EU unter Erasmus+ zusammengefasst. Im Schulbereich stehen in den Leitaktionen 1-3 Mobilitätsprojekte, Schulpartnerschaften und Strategische Partnerschaften mit dem Schwerpunkt zum Austausch guter Praxis und zur Unterstützung von Innovationen bereit. Hinzu kommen das *eTwinning Netzwerk für Schulen in Europa*¹¹ und das *School Education Gateway*¹² Portal mit unzähligen Unterrichtsmaterialien, Tutorials und Methoden.

Ein weiterer relevanter Eckpunkt ist die Entscheidung zum sogenannten Europass¹³ zur einheitlichen Anerkennung von Qualifikationen und Kompetenzen innerhalb der EU (2004) wie auch die Entschließung zur Aufnahme der europäischen Dimension in die Lehrpläne in den Mitgliedsstaaten (2006). Hier heißt es:

"... dass alle Bildungssysteme sicherstellen sollten, dass ihre Schüler am Ende der Sekundarstufe die Fähigkeiten und das Wissen haben, das sie gemäß den Vorgaben

⁴ Entschließung über die Jugendstrategie der Europäischen Union 2019-2027, https://www.jugendpolitikeneuropa.de/downloads/4-20-3999/eu_justrat2019_de_rat.pdf

⁵ Das EU-Programm gilt übergreifend für die allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, <https://www.erasmusplus.de>

⁶ https://europa.eu/youth/solidarity_de

⁷ Artikel 2–6 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union – AEUV

⁸ Artikel 6 AEUV

⁹ Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02005L0036-20160524&from=DE> ausführlichere Erläuterungen hierzu siehe https://www.kmk.org/fileadmin/pdf/ZAB/Informationen_der_ZAB_zur_Anwendung_der_Richtlinie/AkadBrflAnerk7.pdf

¹⁰ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=LEGISSUM:c11082&from=DE>

¹¹ <https://www.etwinning.net/de/pub/index.htm>

¹² <https://www.schooleducationgateway.eu/de/pub/index.htm>

¹³ (EU) Entscheidung- Nr. 2241/2004/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 über ein einheitliches gemeinschaftliches Rahmenkonzept zur Förderung der Transparenz bei Qualifikationen und Kompetenzen (Europass)

ihrer jeweiligen Bildungsbehörden brauchen, um auf ihre Rolle als Staatsbürger und Mitglieder der Europäischen Union vorbereitet zu sein." ¹⁴

Als Reaktion auf die terroristischen Anschläge Anfang 2015 verabschiedeten die EU-Bildungsminister die *Pariser Erklärung zur Förderung von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung*¹⁵ und betonen ausdrücklich den Wert politischer Bildung für Europa. Sie sind der Auffassung, dass die EU angesichts aktueller Entwicklungen in Europa und der Welt, die durch nationalistische Bewegungen, fremdenfeindliche Entwicklungen und antidemokratische Tendenzen gekennzeichnet sind, eine Neuausrichtung auf ihre grundlegenden Werte, wie sie in Art. 2. EUV festgelegt sind, benötigt. Die Pariser Erklärung hebt die Bedeutung sozialer, staatsbürgerlicher und interkultureller Kompetenzen, kritischen Denkens sowie der Medienkompetenz ebenso hervor wie die Notwendigkeit zur Integration benachteiligter Menschen. Die EU fordert hierzu Maßnahmen auf allen Ebenen, um diese Ziele zu befördern. Insbesondere wird das Erasmus+ Programm als ein wichtiges Instrument angesehen, um einen Beitrag zur Förderung der europäischen Werte zu leisten. Auch der **Europarat (Council of Europe CoE)**¹⁶ versteht sich mit seinem Einsatz für eine hochwertige Bildung in den 47 Mitgliedsstaaten in ganz Europa als ein wichtiger institutioneller Akteur für die Bildung für Europa. Beide Institutionen, EU und CoE, gründen sich - wenn auch in etwas anderer Schwerpunktsetzung - auf dieselben Grundwerte und ergänzen sich in ihren Bildungszielen.¹⁷ Bei der *Ständigen Konferenz der Bildungsminister* im Europarat steht allerdings der Einsatz für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit deutlich im Mittelpunkt der Bildungsaktivitäten. Besondere Beachtung findet in der aktuellen Debatte im Bereich der non-formalen Bildung das *Kompetenzmodell für eine demokratische Kultur (2018)*¹⁸. Ziel ist es, Kompetenzen für eine demokratische Kultur zu beschreiben, die das gleichberechtigte Zusammenleben in den zunehmend kulturell unterschiedlichen Gesellschaften in Europa im Hinblick auf die Wertebildung, die Einstellungen, die Fähigkeiten und das nötige Wissen wie auch das kritische Denken durch Bildungsangebote für die junge Generation nachhaltig zu unterstützen. Einen besonderen Fokus auf die Partizipationsförderung junger Menschen legt die strategische Zusammenarbeit der EU und dem Europarat im Rahmen der *EU-CoE Youth Partnership*¹⁹. Hierbei werden die Ressourcen gebündelt und ein Schwerpunkt auf die Förderung der Partizipation von jungen Menschen, die Jugendarbeit und auf 'Education for European Citizenship' gelegt.

¹⁴ Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Initiativen für geeignete Maßnahmen, mit denen die Einbeziehung der europäischen Dimension in die Lehrpläne gefördert werden soll (2006/2041(INI)), S. 3 . Diese Entschließung wurde am 25. Oktober 2006 vom Bundesrat zur Kenntnis genommen (Drucksache Nr. 794/06)

¹⁵ https://www.kmk-pad.org/fileadmin/Dateien/download/v_na/10_EU_Schlusseldokumente/Pariser_Erklaerung_EU_Bildungsminister_2015.pdf

¹⁶ <https://www.coe.int/de/>

¹⁷ Kirsten Mühlheims (2208) hat die Bildungskonzeptionen von EU und CoE wissenschaftlich untersucht und stellt eine weitgehende Übereinstimmung in den Zielen, jedoch eine etwas andere Schwerpunktsetzung angesichts der Wissensgesellschaft mit der Betonung des life long learnigs und der Arbeitsmarktorientierung (EU) und der Kompetenzorientierung in Bezug auf Demokratie und Menschenrechte (CoE) fest, <https://www.die-bonn.de/doks/muelheims0701.pdf>

¹⁸ <https://rm.coe.int/prems-000818-deu-2508-competences-for-democratic-culture-8556-couv-tex/168078e34e>, S. 11

¹⁹ <https://pjp-eu.coe.int/en/web/youth-partnership/home>; zu den Arbeitsbereichen gehören u.a. auch das *European Knowledge Centre for Youth Policy (EKYP)*, der *Pool of European Youth Researchers (PEYR)*

Fazit:

Der bildungspolitische Rahmen der EU sowie des Europarats bieten zahlreiche Bezüge und Unterstützungsmöglichkeiten, entsprechende - wenngleich recht komplizierte - Finanzierungsinstrumente wie auch hilfreiche Praxiskonzepte, beispielsweise das Kompetenzmodell des CoE. Diese diffundieren jedoch nicht systematisch und nur punktuell in die Bildungskontexte der Schulen. Auch ließen sich zahlreiche good practise Beispiele, Praxiserkenntnisse und methodisch-didaktische Ansätze aus dem Bereich der nicht formalen Jugendbildung in den Bereich der schulischen Bildung übertragen. Eine Verbindung der schulischen und außerschulischen Bildung wird allerdings aufgrund der Ressorttrennung auf der EU Ebene - wie letztlich auch auf den Bundesebene - nicht systematisch verfolgt.

- **Die konkrete Nutzung der europapolitisch bereitgestellten Ressourcen im Rahmen der Bildung für Europa in Schule und Ausbildung liegt in der Eigenverantwortung der Schulen vor Ort. Rückbezüge herzustellen und daraus Synergien für die eigene Arbeit zu gewinnen ist sehr zeitaufwendig, (zu) komplex und erfordert ein ständiges Update seitens der Lehrkräfte. Auch wäre eine Nutzbarmachung der weit entwickelten Ansätze aus der außerschulischen Jugendarbeit für die Schule sinnvoll, diese kann aber aufgrund der umfangreichen Bildungsaufgaben nicht von den Lehrkräften (allein) geleistet werden.**

Bundespolitischer Bildungsrahmen und Umsetzung der europäischen Dimension

- Europäische Bewusstseinsbildung als pädagogischer Auftrag
- Stärkung einer pro-europäischen Identität
- Historischer Rückbezug und linear-normatives Narrativ

Die Bildung für Europa in Schule und Ausbildung ist bereits seit den 1970er Jahren ein expliziter Bildungsauftrag in der Schule. Grundlegend dabei ist der letztmalig 2008 geänderte Beschluss "Europa im Unterricht" der Kultusministerkonferenz (KMK).²⁰ Es wird das "Europäische Bewusstsein als pädagogischer Auftrag" verstanden, der in der Schule umzusetzen ist.

"Ziel der pädagogischen Arbeit an Schulen muss es sein, in den jungen Menschen das Bewusstsein einer europäischen Identität zu wecken und zu fördern. Hierzu gehört auch die Vorbereitung der jungen Menschen darauf, ihre Aufgaben als Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union aktiv wahrzunehmen."²¹

Dabei steht die Vermittlung europaorientierter Kompetenzen und Einstellungen im Vordergrund, die durch die Auseinandersetzung mit den "zentralen Aspekten und Inhalten der europäischen Geschichte und des europäischen Einigungsprozesses" erlangt werden sollen. Der Kompetenzkanon²² ist weit gefasst und reicht von der "Bereitschaft zur Verständigung" über die "kulturübergreifende Aufgeschlossenheit", der Rückbindung an den Rechtsrahmen der Europäischen Gemeinschaft, dem Eintreten für "Freiheit, Demokratie,

²⁰ Europa im Unterricht. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 8.6.1978 i.d.F. vom 7.12.1990 bzw. 5.5.2008,

https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/1978/1978_06_08_Europabildung.pdf

²¹ ebenda, S. 7

²² ebenda, S. 5

Menschenrechte, Gerechtigkeit, wirtschaftliche Sicherheit und Frieden" bis hin zur verantwortungsvollen Mitgestaltung und Partizipation im Alltag. Der Beschluss fokussiert letztlich auf eine grundlegend kognitive Wissensvermittlung und geschichtliche Orientierung. Die Schule soll ein solides Grundwissen und Einstellungen wie auch Kompetenzen vermitteln, um "den gemeinsamen Raum [Anm. *Europa zu*] erfahren und verstehen" und sich im "Leben der europäischen Völker- und Staatengemeinschaft" aktiv einbringen zu können, die "europäischen Grundrechte" wie auch das "gemeinsame historische Erbe" zu wahren, die "gemeinsamen Lebensverhältnisse" mitzugestalten und für eine "weltweite Zusammenarbeit", den "friedliche Interessenausgleich" sowie für Toleranz und Solidarität einzustehen.

Konkrete Anknüpfungspunkte im Unterricht sieht die Kultusministerkonferenz bei der Auseinandersetzung mit "Fragen Europas" als verpflichtendem Bestandteil in den Fächern Erdkunde, Geschichte, Sozialkunde/ Politik und Wirtschaft und Recht. Hinzu kann eine komplementäre Ergänzung in allen anderen Fächern, besonders den Sprachen, kommen. Gleiches gilt beispielsweise Projekttag wie der Europatag am 9. Mai, Veranstaltungen sowie durch den Schüler- und Lehreraustausch. Auch können "Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in den deutschen Schulen die Gemeinsamkeiten, Vielfalt, Nähe und Unmittelbarkeit Europas in besonderer Weise erfahrbar"²³ machen. Der Beschluss listet auch sieben Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Lernbereichs "Europabildung in der Schule" auf, welche u.a. ein Augenmerk auf die Desiderate im Bereich der Lehreraus- und fortbildung legen. Auch wird empfohlen, den Beschluss der KMK bei der Neufassung von Lehrplänen und von Bildungsstandards zu berücksichtigen. Grundsätzlich unterstreicht die KMK, dass Europa "mehr als ein geographischer Begriff" ist und führt zur Erweiterung den Begriff der "Europäischen Dimension" mit einem starken historischen Rückbezug und einer daraus resultierenden normativen Ableitung ein.

„Europa ist mehr als ein geographischer Begriff. Die europäische Dimension umschließt in all ihrer Vielfalt auch ein gemeinsames historisches Erbe und eine gemeinsame kulturelle Tradition. Die leidvollen Erfahrungen zweier Weltkriege sowie die divergenten Entwicklungen in West- und in Osteuropa seit 1945 haben den Europäern Anlass gegeben, sich auf ihre gemeinsamen Grundlagen zu besinnen und im Bewusstsein ihrer Zusammengehörigkeit neue Wege der Zusammenarbeit und Einigung, zu beschreiten, nicht zuletzt um Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden in Europa zu schaffen.“²⁴

Ausgehend von dem KMK Beschluss zur Umsetzung von Europa im Unterricht und vor dem Hintergrund des 50. Jubiläums der Römischen Verträge wurde im Auftrag der Europäischen Union in einer vergleichenden Studie der Europäischen Akademie die Europäische Dimension in den Lehrplänen der deutschen Bundesländer umfassend untersucht (2007).²⁵ Die Autorinnen und Autoren der Studie verstehen Europa und die Europäische Union als den sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen umfassenden Bezugsrahmen, in den die Schülerinnen und Schüler hineinwachsen. Sie kommen in der Studie zu einer weitgehend kritischen Einschätzung der Umsetzung der Europäischen Dimension. Im Ergebnis fordern sie deutlich "mehr Europa" in allen Unterrichtsfächern und Europa als Unterrichtsprinzip, dem ein weiterer Europabegriff zugrunde gelegt werden muss als bisher. Dies sollte mit einem offenen Konzept verbunden sein, um keine "falschen Gewissheiten" und Eurozentrismus entstehen zu lassen. Die Europäische Dimension ist als vielschichtig zu verstehen, mit

²³ ebenda S. 7

²⁴ ebenda, S. 2

²⁵ https://www.jugendpolitikineuropa.de/downloads/4-20-2352/eab_studie%5B1%5D.pdf

geographischen, kulturellen, geschichtlichen, religiösen und politischen Bezügen. Als großes Manko erachten sie auch, dass die Aktualität der als Text abgefassten Lehrpläne in der Regel ein "cultural lag" von etwa 10 Jahren aufweist.²⁶ Hinzu kommt eine grundsätzlich uneinheitliche Umsetzung des KMK Beschlusses in den Bundesländern und den Schularten. Den größten Bedarf sehen sie im Bereich der Mittelschulen, die deutlich zu kurz kommen. Auch wird konstatiert, dass die Lehrpläne klarer auf die Herausforderungen, die sich für die Umsetzung der europäischen Dimension im multikulturellen Schulalltag in der Einwanderungsgesellschaft ergeben, Bezug nehmen sollten. Dringenden Handlungsbedarf sieht die Studie bezüglich der drei identifizierten Erfolgsfaktoren: neben der Bereitstellung von adäquaten Rahmenlehrplänen, Materialien und Schulbüchern erachten sie die Lehrkräfte als einen Schlüsselfaktor für die Umsetzung der europäischen Dimension und den Lernerfolg.²⁷ Es ist zu sehr dem Zufall und der Kompetenz sowie der Motivation der Lehrkräfte überlassen, ob und inwieweit sie Europa und die Europäische Union in ihren Unterricht einbeziehen. Eine spätere Bildungsstudie²⁸ hat ergeben, dass die Gründe im Zusammenwirken eines eher ablehnendes Verhaltens seitens 83% der Lehrerinnen und Lehrer aufgrund der zu hohen Komplexität der EU und dem von ihnen wahrgenommenen mangelnden Interesse bei 45,8% der Schülerinnen und Schüler liegen. Dies korrespondiert mit den Zahlen aus der aktuellen 18. Shell Jugendstudie (2019)²⁹, wonach sich knapp die Hälfte der Jugendlichen (41 %, davon 8% stark) als politisch interessiert bezeichnet. Die Europäische Union wird als selbstverständlich betrachtet und als Chance begriffen. Sie steht für die Jugendlichen für Freizügigkeit, Wohlstand, kulturelle Vielfalt und Frieden. 50% der Jugendlichen hat ein positives bzw. sehr positives Europabild, woran sich in der Schule gut anknüpfen ließe. Nur 8% sehen Europa negativ und der verbleibende Teil ist indifferent. In der Identitätsforschung wird auf der individuellen Ebene die 'kognitive Mobilisierung' im Zusammenhang mit dem allgemeinen Bildungsstand, dem sozioökonomischen Hintergrund, dem Alter sowie dem Interesse und der Beteiligung an politischen Diskussionen bei der Herausbildung einer europäischen Identität als ausschlaggebender Faktor erachtet. Als besonders prägend erweisen sich dabei Kontakte über Ländergrenzen hinweg.³⁰ Auch die Europäische Kommission unterstreicht die Schlüsselrolle, die der europäische Austausch sowie externe Anregung und Unterstützung für die Qualität der Schulentwicklung und des Unterrichts spielen.³¹ Allerdings nehmen letztlich nur ein sehr geringer Teil der Schülerinnen und Schüler und der Lehrkräfte an **Austauschmaßnahmen** teil. Eine Untersuchung zum individuellen Schulaustausch³² hat gezeigt, dass nur etwa 2 % der Jugendlichen (eine recht spezifische soziale Gruppe) einen individuellen Aufenthalt für mindestens drei Monate in einer Schule

²⁶ ebenda S. 16

²⁷ ebenda S. 330ff.

²⁸ Oberle, Monika / Forstmann, Johanna: Lehrerfortbildungen zur politischen EU-Bildung - eine empirische Begleitstudie. In: Oberle, Monika (Hrsg.): Die Europäische Union erfolgreich vermitteln. 2015, S. 193-209

²⁹ zitiert nach https://www.shell.de/ueber-uns/shell-jugendstudie/_jcr_content/par/toptasks.stream/1570708341213/4a002dff58a7a9540cb9e83ee0a37a0ed8a0fd55/shell-youth-study-summary-2019-de.pdf, S. 14ff.

³⁰ siehe Ciaglia, Sarah/ Fuest Clemens/ Heinemann, Friedrich: Deutsche, Franzosen und Europäer und Europäer? Zur Entwicklung europäischer Identität. EconPol. Policy Report 09/2018 October Vol.2, München 2018, S.10

³¹ Mitteilung der EU Kommission "Ein guter Start ins Leben durch Schulentwicklung und hervorragenden Unterricht" (2017), <https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2017/DE/COM-2017-248-F1-DE-MAIN-PART-1.PDF>

³² https://weltweiser.de/wp-content/uploads/weltweiser-studie_schueleraustausch_high_school_auslandsjahr_statistik_2019.pdf

im Ausland verbringen. 65% der Schülerschaft ist weiblich und nur 35 % männlich, sie kommen zu 82% vom Gymnasium aus wirtschaftsstarken Regionen. Im Schuljahr 2017/18 waren es rund 15.900 Schülerinnen und Schüler bundesweit. Die Zahlen sind in den letzten Jahren sogar rückläufig.³³ Auch gehören die meisten Länder - bis auf Großbritannien, Irland und weniger Spanien und Italien - in Europa nicht bei den bevorzugten (zumeist englischsprachigen) Ländern. Zudem ist ein solcher Aufenthalt mit sehr hohen Eigenkosten verbunden und daher nicht für alle gleichermaßen zugänglich. Auch im Rahmen von Erasmus+ sind es vergleichsweise kleine Gruppen, die sich am Schüler- und Jugendaustausch in der EU beteiligen: 2016 wurden im Rahmen von Erasmus+ europaweit nur 4.000 Schulpartnerschaften gefördert. 70.000 Schülerinnen und Schüler nahmen in allen 28 Mitgliedstaaten an Schulaustauschprogrammen teil und 45.000 Lehrkräfte an den Mobilitätsprogrammen. Im Bereich der beruflichen Bildung waren es 120.000 Auszubildenden, die an einem Austausch im Ausland teilgenommen haben und 20.000 Ausbilder und Lehrkräfte. 100.000 junge Menschen nehmen europaweit jährlich an Maßnahmen des außerschulischen Jugendaustauschs teil, davon allerdings etwa 30 % Jugendliche mit geringeren Chancen. Am Europäischen Freiwilligendienst haben sich europaweit 11.000 Freiwillige in einem Projekt im europäischen Ausland beteiligt. Angesichts dessen, dass die Schule eine gewisse organisatorische Infrastruktur zur Verfügung steht und ganze Schulklassen erreicht werden können, fallen die Zahlen der Teilnehmenden im Vergleich zum Jugendaustausch sehr gering aus. Auch in diesem Bereich benötigen die Lehrkräfte offenbar eine deutliche Unterstützung.³⁴

Ein wichtiger Akteur für die Umsetzung der europäischen Dimension, den auch die KMK explizit benennt, sind die **Europaschulen**. Seit dem Beschluss der KMK ist die Zahl der Europaschulen in den Bundesländern deutlich angestiegen, es ist sogar ein bundesweites Netzwerk³⁵ entstanden. Da im föderalen Bildungssystem die Schule der Länderhoheit obliegt, werden keine zentralen Daten zur Anzahl der Europaschulen in der Bundesrepublik Deutschland erfasst.

Nach Schätzungen³⁶ sind über 900 bilinguale Schulen bekannt, allerdings sind nicht alle hiervon Europaschulen. Unter Mitwirkung des Netzwerks haben neun Bundesländer in einer "länderoffenen Arbeitsgruppe" der KMK einen Kriterienkatalog für die Anerkennung als Europaschule erarbeitet. Hierzu reicht es nicht aus, verstärkt Fremdsprachenunterricht anzubieten oder mehrere Partnerschulen zu haben. Es gilt, ebenso europäische Themen zu integrieren und die Schulentwicklung voranzutreiben, um den Schülerinnen und Schülern Möglichkeiten der interkulturellen Arbeit aufzuzeigen oder ihre Eigenständigkeit und Selbstverantwortung durch Projekte des interkulturellen Dialogs zu stärken. Bildungsziel ist es, Offenheit und Aufgeschlossenheit als europäische Schlüsselqualifikationen zu erwerben und Sprache als Voraussetzung für den interkulturellen Dialog zu begreifen sowie Wertorientierung, Zivilcourage und Toleranz einzuüben.

Gemäß einer Studie zur Umsetzung der Europäischen Dimension in den Europaschulen in NRW³⁷ erweist sich aber auch hier die Ungenauigkeit und Vermischung von Europa und Europäischer Union als problematisch für die Schulpädagogik, wobei außer Frage steht, dass

³³ Dies ist allerdings besonders auf den Rückgang der USA Programme zurückzuführen.

³⁴ Zahlen zitiert nach https://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/about/statistics_de

³⁵ <http://www.bundesnetzwerk-europaschule.de>; Europaschulen sind ein eigenständiger Schultyp mit Europaschwerpunkt, nicht zu verwechseln mit den Europäischen Schulen der Europäischen Union

³⁶ gemäß dem Verein für frühe Mehrsprachigkeit an Kitas und Schulen e.V.

³⁷ Hornberg, Sabine/ Sonnenburg, Nadine: Empirische Befunde zu Europaschulen in Nordrhein-Westfalen. In: ZEP - Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 4/17, S. 13-16, 2017, https://www.waxmann.com/index.php?eID=download&id_artikel=ART102345&uid=frei

beides als Bezugsrahmen seinen Platz in der Umsetzung finden muss. Die Untersuchung kommt zu dem Schluss, dass trotz der Programmatik der KMK der Europäischen Dimension in den Lehrplänen immer noch eine zu geringe Relevanz in der Schulpraxis zukommt.³⁸ Europaschulen erschließen vielseitige Aktionsmöglichkeiten zur Förderung der europabezogenen Kompetenzen, allerdings spielt sich diese Vielfalt in der Umsetzung der Bildungsziele nicht wirklich wieder: Bei der Verknüpfung von Projekten mit dem Europalernen steht die Förderung interkultureller Kompetenzen für die Europaschulen an oberster Stelle (87,3%), gefolgt von der Förderung der Fremdsprachenkompetenz (76,2%). So zieht die Studie den Schluss:

"Europaschulen könnten mit ihrem Erfahrungsschatz viel mehr einen wesentlichen Beitrag zu einer kritischeren Auseinandersetzung mit Europa und zur Entwicklung von Fähigkeiten zur Gestaltung von Europa unter Heranwachsenden leisten."³⁹

Fazit:

Der bundespolitische Bildungsrahmen orientiert sich bei der Umsetzung der europäischen Dimension des Lernens in der Schule an einem zu überholenden Beschluss der KMK, um den aktuellen Gegebenheiten und Herausforderungen der Schule in der multikulturellen Gesellschaft im Einwanderungsland Deutschland zukunftsorientiert gerecht zu werden. Das zugrundeliegende Europabild und Narrativ sind stark auf den 'Imperativ der Europa-Begeisterung' ausgerichtet, die nicht mehr zu den heutigen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen - besonders mit Blick auf den aufkeimenden Populismus und Nationalismus in Europa - passen. Das normativ-geschichtlich geprägte Europaverständnis zielt dabei linear auf Frieden und Wohlstand in Europa und engt den Europabegriff geographisch-institutionell zu sehr auf die Mitgliedstaaten ein. Das kulturelle Verständnis von Europa richtet sich zu eng auf die Sprachen und die Alltagskultur (Essen, Bräuche).

- **Die Erarbeitung eines offenen, diskursiven Konzepts für eine kritisch-konstruktive und politisch-aktuelle Vermittlung von Europa und der Europäischen Union in der Schule erscheint notwendig. Hier haben die Akteure aus der außerschulischen europabezogenen Bildungsarbeit die Schule weit überholt. Auch die spezifische Ausdifferenzierung des umfassenden Kompetenzkanons hin zu einem konzeptionell und inhaltlich klar umrissenen *Europakompetenzbegriffs* für die Schule wäre nötig, um den Lehrkräften mehr Orientierung bieten zu können. In diesem Zusammenhang wäre sicherlich auch ein Follow up der vergleichenden Lehrplanstudie zur Umsetzung der Europäischen Dimension sinnvoll.**

Lernfeld Europa in der Schulpraxis

Es bestehen zahlreiche Ländervergleichsstudien sowohl im bundesdeutschen wie auch im europa- und weltweiten Kontext zu den unterschiedlichsten Bildungsaspekten und Schülerleistungen.⁴⁰ Allerdings sind diese entweder gar nicht, nicht spezifisch genug auf die Bildung für Europa in Schule und Ausbildung ausgerichtet bzw. nur auf Einzelkompetenzen

³⁸ ebenda S. 13

³⁹ ebenda S. 16

⁴⁰ beispielsweise der Aktionsrat Bildung, der Bildungsmonitor, der Chancenspiegel, DESI, Nationaler Bildungsbericht, OECD, PISA, KESS, SINUS u.a., oft mit starkem Fokus auf Deutsch und die MINT Fächer

oder sie nehmen aufgrund der Kultushoheit der Bundesländer nur ein Bundesland stellvertretend für Deutschland in die Untersuchung auf. Daher finden Bildungsstudien keinen Eingang in die vorliegende Desktop Recherche. Vielmehr soll kurz zusammengefasst werden, in welchen Bereichen sich in der Schule ein "Lernfeld Europa" auftut. Hierzu gehören im Überblick:

- EU-Förderprogramme
- Internationale Kooperationen
- Schulen mit Europaprofil und Europabildung
- Wettbewerbe und Aktionen
- Angebote für Lehrkräfte
- Angebote für Schüler*innen
- Angebote für den Unterricht
- Ansprechpartner
- Aktuelles & Veranstaltungen.⁴¹

Mit Blick auf die Angebote für Europa im Unterricht lässt sich ein ähnlich breites Spektrum aufzeigen:

- Europawochen und EU-Tag
- Bildungspläne bzw. Lehrplanbezüge
- Allgemeine Unterrichtseinheiten
- Unterrichtseinheiten nach Themen
Geschichte, Institutionen, Verträge, Politikfelder, EU-Erweiterung, Länder, Identität, Wahlen, Parteien, Wirtschaft
- Angebote für Schulklassen
- Planspiele (zu europäischen Politikfeldern und den Entscheidungsabläufen in der EU)
- Methoden (zur Vermittlung von europabezogen Inhalten).⁴²

Es bestehen zahlreiche Portale im Internet, die Angebote zur Europa Bildung machen, die online abrufbar sind.⁴³ Das Problem besteht dabei, dass es bundesweit einerseits eine regelrechte Materialien"flut" an aktuellem, fachlichen Informationsmaterial seitens der Europäischen Institutionen⁴⁴ gibt. Dass die Informationen sehr übersichtlich, leicht verständlich, laufend aktualisiert und kostenfrei zur Verfügung stehen, ist jedoch vielen Lehrkräften unbekannt. Andererseits stehen unüberschaubare Mengen an konkreten Materialien, Texten und Arbeitsblättern, Hintergrundinformationen, Debatten, Spielen, Quiz, Planspielen etc. aus dem schulischen und außerschulischem Bereich zur Verfügung. Hierbei ist jedoch problematisch, dass diese Materialien teilweise anlassbezogen erstellt worden (z.B. für die Europawahl 2019) und sehr schnell an Aktualität verlieren. Eine Ausnahme bildet die Bundeszentrale für politische Bildung, die nahezu zu jedem politisch aktuellen Thema Hintergrundinformationen, Unterrichtseinheiten, Themenblätter im Unterricht, Europahandbuch, Europa in der Schule, Lehrerfortbildungen, Demokratiebildung sowie

⁴¹ exemplarisch orientiert an der Systematik des bildungsserver.berlin-brandenburg.de

⁴² exemplarisch orientiert an der Systematik des Portals europaimunterricht.de (Baden-Württemberg)

⁴³ Hierzu gehören Portale der Europäischen Institutionen (Europedirect, Europäisches Parlament, Europäische Kommission, Europäischer Rat, Europarat, OSZE u.a.), wie auch spezifische Bildungsportale (Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung, Bildungsserver, Europäische Akademien, Nationalagentur Erasmus+ Jugend für Europa, Europäische Akademie) sowie die Webseiten zahlreicher auf Europa ausgerichteter anderer Stiftungen, z.B. Stiftung Mercator, Robert Bosch Stiftung, TUI Stiftung wie auch die politischen Stiftungen

⁴⁴ Europäisches Parlament, Europäische Kommission, Europäischer Rat, Europarat, OSZE und weitere

Ansätze zur Akzeptanz von Vielfalt (Diversity), Partizipationsförderung, interkulturelle Bildung und Kompetenzförderung anbietet. Jedoch ist dieses Angebot stark wissensbasiert ausgerichtet und fokussiert zum Großteil auf kognitives Lernen.

Fazit:

Es existieren zahlreiche Anknüpfungspunkte für den Unterricht und im schulischen Leben, die Europäische Dimension umzusetzen und Europa zu erleben. Auch besteht eine enorme Vielfalt, fast ein Überangebot an Informationsmaterialien und didaktischen Methoden zur Vermittlung von europäischen Themen und der europäischen Politik. Allerdings finden diese Angebote kaum systematisch Eingang in den Schulalltag. Lehrkräfte sind oftmals angesichts der Unüberschaubarkeit überfordert, auch erweist sich der vage Begriff der "Europäischen Dimension" in der konkreten Operationalisierung im Spannungsfeld zwischen Lehrplanbezügen und aktuellen gesellschaftspolitischen Themen, die junge Menschen bewegen wie beispielsweise der Klimaschutz, als wenig praktikabel.

- **Eine zeitgemäße europapolitische Aus- und Fortbildung aller Lehrkräfte erscheint als sinnvoll, um die Möglichkeiten, die sich zur Bildung für Europa in Schule und Ausbildung bieten auszunutzen. Diese sollte sich nicht nur auf Unterrichtseinheiten beschränken, sondern auch den europäischen Rahmen der EU-Bildungs- und Jugendpolitik mit seinen Austauschmöglichkeiten einschließen und Wege aufzeigen, wie und welche externe Expertise der außerschulischen Jugendarbeit in die Schule geholt werden kann.**

Schlussbetrachtung und Ausgangspunkte zur Weiterbeschäftigung

1. In der Desktop Recherche hat sich gezeigt, dass der Begriff der "Europäischen Dimension" im bildungspraktischen Kontext Schule trotz zahlreicher Lehrplanbezüge zu vage, zu wenig differenziert und zu schlecht greifbar für den Unterricht bleibt. Die Schule ist aber ein idealer Ort und letztlich die Basis dafür, dass Bildung für Europa in Schule und Ausbildung alle jungen Menschen gleichermaßen und über einen kontinuierlichen Zeitraum erreichen kann. Daher gilt es, der jungen Generation in ihrer Heterogenität, Vielfältigkeit vielleicht auch Gleichgültigkeit oder Skepsis mit einer Angebotsvielfalt in der Schule zu begegnen und sie zu stärken. Ziel sollte es sein, den deutlich gewordenen Desideraten von Europapolitischer Bildung auf der bildungspraktischen Ebene im Unterricht und bei Projekten an der Schule mit folgenden Ansätzen entgegenzuwirken:

- Institutionen, Grundlagen, Rechte der Europäischen Union und des Europarats interaktiv erklären
- Politische Entscheidungsfindung in Europa nachvollziehbar machen
- zu Partizipation ermuntern und Wege der Mitwirkung in der Demokratie aufzeigen
- aktuelle Politikfelder aufgreifen, erklären, um einen kontroversen Standpunkt zu europäischen Themen erarbeiten
- Europäische Werte in Austauschprojekten erfahren, sich auf die Suche nach der Europäische Identität begeben.

2. Die Formulierung von klaren Bildungsstandards für die Bildung für Europa in Schule und Ausbildung und eine Überarbeitung des über zehn Jahre zurückliegenden KMK Beschlusses sind überfällig. Diese entsprechen in Zeiten von Globalisierung und

Digitalisierung nicht mehr dem Gesellschaftsbild und den interkulturellen Lebenswelten junger Menschen in der postkolonialen Einwanderungsgesellschaft.

3. Zudem wird die Ausarbeitung eines verbindlichen Konzepts zur kohärenten Ausdifferenzierung eines zukunftsgerichteten, diskursiv angelegten Europabergriffs benötigt.

4. Aufgrund ihrer weniger flexiblen strukturellen Gegebenheiten liegt die Schule deutlich hinter der weitreichenden Expertise und methodisch-didaktischen Umsetzungskompetenz von Trägern der europabezogenen non formalen Jugendarbeit. Sie sollte ebenso bei der Bildung für Europa in Schule und Ausbildung die Kompetenzentwicklung und Projekt- und Themenorientierung in den Mittelpunkt rücken und dabei bei der Wissensvermittlung non formale Ansätze des situativen Lernens stärker nutzen.

5. Die Bildung für Europa in Schule und Ausbildung sollte sich von ihrer historisch begründeten normativen Setzung zugunsten eines kritischen interaktiven und diskursiven Rückbezugs auf die Europäischen Werte, wie im Art. 2 EUV beschrieben, weiterentwickeln.

6. Die Schule müsste Europa mehr als Lernfeld für junge Menschen auffassen. Sie könnte sich dabei gewinnbringend am Referenzrahmen des Council of Europe zur Kompetenzentwicklung für eine demokratische Kultur orientieren.

7. Methoden für die Bildung für Europa in Schule und Ausbildung sollten interaktiv, partizipativ, themenorientiert, handlungsorientiert sein.

8. Es gilt, aktuelle gesellschaftliche und politische Entwicklungen bei der Bildung für Europa in Schule und Ausbildung proaktiv einzubeziehen. Dies gilt auch für entscheidende politische Wegmarken im Rahmen der EU Bildungs- und Jugendpolitik. Es dauert oft Jahrzehnte, bis die Inhalte über Schlagworte hinaus praktischen Eingang in den Regelbetrieb der Schulen finden.

9. Das Interesse und Engagement der Lehrkräfte schwankt stark, was europapolitische Bildung in der Schule betrifft. Daher sollten alle Lehrkräfte durch externe Expertise nachhaltig Unterstützung in der Aus- und Weiterbildung wie auch für die praktische Arbeit erhalten.

10. Schlussendlich heißt Bildung für Europa in Schule und Ausbildung auch, Europa im Sinne der Europäischen Idee zu vermitteln, als ein Prozess, bei dem ein vereintes, tolerantes und friedfertiges Miteinander in Europa entstehen kann, wenn die Menschen die Gelegenheit zum Austausch und persönlichen Kennenlernen bekommen, um voneinander und miteinander zu lernen. Daher gilt es, im Unterricht und darüber hinaus Europäische Angebote zugänglich(er) zu machen.